

VERORDNETE VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG: NATIONALSOZIALISMUS UND ANTIFASCHISTISCHES TRADITIONSVERSTÄNDNIS IM GESCHICHTSBILD DER DDR

Von Christiane Brenner

„Vergangenheitsbewältigung“ oder „Aufarbeitung der Vergangenheit“ waren in der DDR lange Zeit keine gängigen Begriffe. In zeitgeschichtlichen Darstellungen, Handbüchern und Geschichtsllexika suchte man vergebens nach ihnen. Erst in den achtziger Jahren widmete die Historiographie der DDR der individuellen wie kollektiven Faschismusbewältigung stärkere Aufmerksamkeit¹. Der Bezug zur jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere zur Zeit des Nationalsozialismus, war im Selbstverständnis und in der Selbstdarstellung des ostdeutschen Staates jedoch stets in sehr starkem Maß präsent. Während der vierzig Jahre deutscher Zweistaatlichkeit durchlief die Haltung der DDR zum Erbe der deutschen Geschichte einige, zum Teil einschneidende Veränderungen. Unter den Historikern ließen sich seit den siebziger Jahren zunehmend differenziertere und kritischere Stellungnahmen vernehmen². An der Grundposition, in der DDR sei die nationalsozialistische Vergangenheit definitiv bewältigt³, wurde aber trotz der gewachsenen Sensibilität für die verschiedenen Bereiche der Erforschung des Nationalsozialismus und einer gewissen Liberalisierung der Historiographie nicht gerührt.

Da der Satz von der endgültigen Vernichtung des Faschismus und seiner möglichen Keimzellen durch die antifaschistische Staatsgründung bis zum Ende der DDR unhin-
terfragt und unangetastet blieb, war es naheliegend, daß eines der Themen, an dem sich nach dem November 1989 die deutsch-deutsche Geschichtsdiskussion entzündete, eben jenes antifaschistische Selbstverständnis des sozialistischen deutschen Teilstaates war. Aus dem proklamierten Anspruch der DDR, die einzig wirkliche Alternative zum Nationalsozialismus darzustellen, erwachsen in der aktuellen Antifaschismus-Debatte Fragen, die über die Erforschung der Wirksamkeit und der Veränderun-

¹ Siehe z. B. der Band zur Geschichte der SBZ, der zum 40. Jahrestag der DDR erschien: Badstübner, Rolf u. a.: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949 (Deutsche Geschichte in zwölf Bänden, Bd. 9). Köln 1989. Der „geistigen Faschismusbewältigung“ sind die Seiten 150ff. gewidmet.

² Brinks, Jan Herman: Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels. Frankfurt/M.-New York 1992, 9.

³ Siehe z. B. Badstübner, Rolf: Zur Nationalgeschichte der DDR 1945–1949. Ergebnisse der Arbeit an Band 9 der „Deutschen Geschichte in zwölf Bänden“. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1989) 675–684, hier 680.

gen der antifaschistischen Legitimation der DDR hinausgehen. Der Umgang des ostdeutschen Staates mit den Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus und die Konsequenzen, die die politische Klasse der SBZ und späteren DDR aus zwölf Jahren Faschismus zog, rücken nach dem Zusammenbruch der DDR umso mehr ins Blickfeld, als auch dieser Staat eine schwierige Vergangenheit hinterläßt, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Und diese Aufgabe stellt sich, wie sich gegenwärtig immer deutlicher zeigt, nicht allein auf wissenschaftlicher und juristischer Ebene. Mehrere Generationen von Bürgern der ehemaligen DDR sind von der ostdeutschen Geschichtserziehung geprägt. Ihre Reaktionen auf den Zusammenbruch des sozialistischen deutschen Staates, der nicht zuletzt auch das Scheitern dessen antifaschistischer Legitimation offenlegte, bewegen sich zwischen dem Bemühen um deren (zumindest teilweise) Rehabilitierung als Verteidigung eigener Identität⁴ und der radikalen Abkehr von der in der DDR gültigen Leseart der Geschichte, die als diskreditiert und vor allem als diktiert empfunden wird. Die These vom „verordneten Antifaschismus“ wird häufig auch zur Erklärung der erschreckenden Popularität nationalsozialistischer Symbole und Parolen unter ostdeutschen Jugendlichen herangezogen⁵. Wenn diese Erklärung allein auch nicht ausreicht – denn Rechtsradikalismus und Neonazismus sind keine typisch ostdeutschen Phänomene –, so stellen verdrängte Realitäten, die nach dem Ende der DDR wieder an die Oberfläche kommen, zweifellos ein Problem der Gegenwart dar. Damit gewinnt die Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte in der DDR aktuelles politisches Interesse.

Eine nüchterne Bilanz der Leistungen und Defizite der ostdeutschen Vergangenheitsbewältigung könnte möglicherweise noch mehr leisten. Vier Jahrzehnte kontroverser, an Widerständen und Skandalen reicher Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der westdeutschen Gesellschaft zeugen davon, daß die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit und Vergangenheitsbewältigung ein wichtiger Lernprozeß ist und in den komplexen Vorgang der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur gehört.

Das DDR-Faschismusverständnis als Entlastungsstrategie

Im Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945, mit dem diese als erste Partei nach Kriegsende an die deutsche Öffentlichkeit trat, hieß es:

[...] Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider

⁴ Versuche, den DDR-offiziellen Antifaschismus und damit die Vergangenheitsbewältigung der DDR zu retten, sind z. B. Elm, Ludwig: Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit. Berlin 1991 und Kühnrich, Heinz: „Verordnet“ – und nichts weiter? Nachdenken über Antifaschismus in der DDR. Zeitschrift für Geschichte 9 (1992) 819–833.

⁵ Z. B. Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992. – Schubarth, Wilfried/Pschierer, Roland/Schmidt, Thomas: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR. Aus Politik und Zeitgeschichte B9/91 (22. 2. 1991) 3–28.

Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten⁶.

Aus dem Bewußtsein, im „Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung“ (1945–1949) die Gegenwart von jenem „reaktionären Schutt“ der deutschen Geschichte entrümpelt zu haben, leitete die spätere DDR ihre Legitimation ab. Sie nahm für sich in Anspruch, einen fundamentalen Neuanfang gewagt und die richtigen Lehren aus den negativen Traditionen der deutschen Geschichte – aus Militarismus, Imperialismus und Ausbeutung – gezogen zu haben⁷. Je deutlicher die DDR sich in Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und auf der Suche nach einer eigenen Identität in die Tradition der progressiven Kräfte der deutschen Geschichte stellte und deren Schattenseiten allein der Bundesrepublik als Erbmasse zuwies, desto weniger schien der Nationalsozialismus ein Thema zu sein, mit dem sie sich aus eigener Betroffenheit zu beschäftigen hatte.

Verstärkt wurde diese Tendenz durch den Kalten Krieg, da beide deutsche Staaten in der plakativen Rhetorik dieser Zeit den ideologischen Gegenpart gerne mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichsetzten oder zumindest verglichen⁸. Mit einer gewissen Häme konnte man im Osten Deutschlands auf die skandalöse Tatsache deuten, daß nicht wenige Führungspersonen im Westen auch im „Dritten Reich“ in Amt und Würden gewesen waren. Während in der SBZ besonders in den sensiblen Bereichen von Justiz und Bildung ein intensiver Personalaustausch stattfand, entwickelte sich in der Bundesrepublik eine Dynamik, die sich bald gegen die ursprüngliche Intention der Entnazifizierung richtete⁹. Auch das trug dazu bei, daß die historische Verantwortung für den Nationalsozialismus und die Aufgabe der Bewältigung dieser Vergangenheit zunehmend den Westdeutschen zugeschoben wurden.

Im Verlauf dieser Entwicklung, an deren Ende sich der ostdeutsche Staat vom Ballast der deutschen Geschichte befreit wähnte, veränderten sich der in der DDR verbindliche Faschismusbegriff sowie die Darstellung und Vermittlung der nationalsozialistischen Wirklichkeit in der historischen Forschung, in populärwissenschaftlichen Werken und in Schulbüchern.

In den ersten Jahren nach Kriegsende hatten in der SBZ/DDR Geschichtsauffassungen dominiert, die den Nationalsozialismus aus den Traditionen der deutschen Geschichte zu erklären suchten. Die sogenannte „Misere-“ oder „Irrweg-Konzeption“, die in erster Linie auf Alexander Abuschs 1947 erschienenes Werk „Der Irrweg einer

⁶ Aufruf des ZK der KPD, zit. nach Flechthelm, Ossip: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland. Bd. 3/2. Berlin 1967, 316.

⁷ Doernberg, Stefan: Kurze Geschichte der DDR. Berlin (Ost) 1964, 146f.

⁸ Haug, Wolfgang Fritz: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt. Berlin 1987, 138ff.

⁹ Niehammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Berlin/Bonn 1982, 653f.

Nation“¹⁰ zurückging, zeichnete die Entwicklung Deutschlands seit Martin Luther als eine Linie, die über die Stationen Friedrich II. und Bismarck gewissermaßen folgerichtig zu Hitler und in den Zusammenbruch von 1945 führte¹¹.

Im Zuge der Stalinisierung wurde der These vom „besonderen deutschen Weg“ in Zukunft und Vergangenheit eine Absage erteilt. Für die Geschichtsschreibung der DDR bedeutete dies die Abkehr von der Interpretation des „Dritten Reichs“ als eines spezifisch deutschen Phänomens. Während die „Misere-Konzeption“ durch ein positiveres Geschichtsbild ersetzt wurde, das die progressiven und revolutionären Traditionen der deutschen Geschichte hervorhob, wurde die Nationalsozialismus-Forschung dem orthodox-marxistischen Faschismusverständnis verpflichtet, dem die Formel Georgi Dimitroffs von 1933 zugrunde lag. Hier wird Faschismus als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definiert. Die Hindernisse, die dieses verkürzte Verständnis des Faschismus als Verlängerung des Kapitalismus einer profunden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entgegensetzt, liegen auf der Hand und sind vielfach aufgezeigt worden. In der Beschränkung auf die ökonomische Komponente, den Imperialismus und auf den Antikommunismus des Faschismus wurden wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Realität ausgeblendet. Hatte die „Misere-Konzeption“ den Nationalsozialismus aus der Logik der deutschen Entwicklung hergeleitet, erschien dieser nun nur noch als zwingende Endstufe des Kapitalismus. Er wurde gewissermaßen entnationalisiert, als Faschismus zum internationalen und quasi überhistorischen Phänomen erklärt. Marginalisiert wurden der Rassismus, der Antisemitismus und der millionenfache Mord an den Juden¹². Aber auch die Frage nach der Massenbasis des „Dritten Reichs“ wurde mit dem Hinweis auf das Interesse von „Monopolkapitalisten und Latifundienbesitzern“, den Kapitalismus seiner definitiven Steigerung und „scheußlichen Endphase“ zuzutreiben, in den Hintergrund gedrängt¹³. Die breite Masse erscheint in Darstellungen des „Dritten Reichs“ als vom Klassenfeind „verhetzt“¹⁴ und wird gänzlich in der Opferrolle dargestellt, wenn vom „Bürgerkrieg der Nazis gegen das eigene Volk“¹⁵ die Rede ist.

Waren in den ersten Jahren nach Kriegsende Schuld und Mitschuld der Massen am NS noch ein wichtiges Element der politischen Aufklärung gewesen¹⁶, so leistete der

¹⁰ Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin (Ost) 1947.

¹¹ Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt/M. 1992, 65f. – Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft, 92ff.

¹² Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 114.

¹³ Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Buchenwald. Berlin (Ost) 1959, 20.

¹⁴ Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 85.

¹⁵ Scheer, Regina: Der Umgang mit dem Grauen. In: Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert. Begleitbuch zur Ausstellung in der Museumswerkstatt im Thälmannpark. Hrsg. vom Kulturamt Prenzlauer Berg und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. Berlin 1992, 101–113, hier 107.

¹⁶ Bender, Peter: Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten. Berlin 1989, 47f.

Stalinismus durch die Verbindung einer betont nationalistischen Geschichtsschreibung mit der eindeutigen Schuldzuweisung an die Adresse der „Agenten des Imperialismus“ einen entscheidenden Beitrag zum Freispruch des größten Teils der deutschen Bevölkerung von der Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus.

Eine entlastende Wirkung ging auch von der antifaschistischen Gründungslegende der DDR aus, die sich mit der Geschichtserfahrung eines Großteils ihrer Bevölkerung keineswegs deckte und zur institutionalisierten Erinnerung erstarrte.

Die antifaschistische Legitimation der DDR, die den Widerstand der KPD gegen den Nationalsozialismus zum siegreichen Weg stilisierte, der in der „Selbstbefreiung von Buchenwald“ seinen krönenden Höhepunkt fand, profitierte von der politischen und moralischen Integrität, die man der Elite des neuen Staates zubilligte¹⁷. Diese rekrutierte sich zu einem großen Teil aus dem Widerstand und dem Exil. Viele derer, die in der DDR in verantwortliche Positionen rückten, waren in Gefängnissen und Konzentrationslagern gewesen und verkörperten in ihrem Selbstverständnis das andere, bessere Deutschland¹⁸. Und sie wurden unterstützt von angesehenen Künstlern. Brecht, Arnold Zweig, Anna Seghers, Bredel, Renn und Bloch gingen in die DDR. „Selbst Heinrich Mann wäre gekommen, trotz seiner Vorbehalte, aber er starb, bevor er die Reise antreten konnte“¹⁹, erinnert sich Stefan Heym in seinen Memoiren. Das verschaffte dem ostdeutschen Staat gegenüber seinem westdeutschen Konkurrenten einen Anstrich moralischer Überlegenheit und zeigte auch im westlichen Ausland Wirkung.

Ob es der Staats- und Parteiführung tatsächlich gelang, ihr Siegesbewußtsein auf die ganze Bevölkerung zu übertragen – wie es Christa Wolf formuliert hat²⁰ – und die DDR-Bürger dadurch nachträglich zu einem Teil der Anti-Hitler-Koalition zu machen²¹, kann angesichts der Konfrontation der Menschen in der SBZ mit der sowjetischen Besatzungsmacht und den Reparationsforderungen der UdSSR bezweifelt werden. Sicher aber ist, daß die Identifikation mit den Antifaschisten in krassem Widerspruch zu den Erfahrungen der Bevölkerungsmehrheit, den Erfahrungen der Mitläufer, der Verführten und der gläubigen Nazis, stand²².

Dabei sprach der Appell, gemeinsam eine „neue Welt“ zu errichten, der sich anfangs ausdrücklich auch an bürgerliche und christliche Kräfte richtete, durchaus die in der deutschen Gesellschaft weitverbreiteten antipluralistischen Politikvorstellungen an. Denn die Konzeption der antifaschistischen Blockpolitik schien durch die Überwindung der Parteienzersplitterung einen Ausweg aus dem Dilemma von Weimar anzubieten. Sie antwortete gewissermaßen auf traditionell antipluralistische und antidemokratische Haltungen, denen die erste deutsche Republik nicht mehr war als

¹⁷ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 38.

¹⁸ Wenzel, Gisela: Vorwärts und schnell vergessen. Geschichtsverdrängung und Erinnerungsarbeit in deutschen Wendezeiten. In: Mythos Antifaschismus, 125–135, hier 130.

¹⁹ Heym, Stefan: Nachruf. Frankfurt/M. 1990, 543.

²⁰ Zit. nach Obenaus, Herbert: Stasi kommt – Nazi geht? Die Zeit vom 31. 7. 1992, 40.

²¹ Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg 1987, 219.

²² Obenaus: Stasi kommt – Nazi geht 40.

das Vorspiel der nationalsozialistischen Machtübernahme²³ und damit eine Bestätigung der Ablehnung der dem westlichen Demokratietyp inhärenten Konkurrenzverhältnisse und Interessenkonflikte²⁴. Organizistische Gesellschaftsvorstellungen fanden sich in der frühen Nachkriegszeit nicht nur in den Reihen der KPD/SED, sondern bei Vertretern nahezu aller politischen Richtungen²⁵.

Indem die antifaschistische Konzeption die Hoffnung auf gesellschaftspolitischen Wandel und innere wie äußere Einheit der Nation gleichzeitig nährte, „wurde der Antifaschismus zu einer revolutionären Technik des Machterwerbs stilisiert“²⁶. Als *tiefer, ehrlicher Form der Demokratie* versprach die antifaschistische Konzeption den Menschen eine Politik jenseits der Parteiegoismen. Sie warb mit wirklicher Volksnähe für sich und stellte Mitbestimmungsrecht für „den kleinen Mann“ in Aussicht.

Antifaschismus und politische Praxis in der DDR

In der politischen Praxis waren aber weder die nach Kriegsende spontan entstandenen Antifa-Initiativen gefragt, noch konnten in den neu gebildeten Parteien und Massenorganisationen Kräfte, die nicht mit der Linie der KPD/SED übereinstimmten, über die erste Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ hinaus Einfluß nehmen.

Die „Kurze Geschichte der DDR“, mit der Stefan Doernberg 1964 eine erste verbindliche Gesamtdarstellung der Entwicklung des ostdeutschen Staates vorlegte, berichtet, die antifaschistischen Initiativen, die zum Aufbau einer neuen Verwaltung und zur Linderung der ärgsten Not in der Bevölkerung beitragen wollten, seien von den sowjetischen Behörden als Verwaltungsorgane anerkannt worden²⁷. Tatsächlich aber waren die antifaschistischen Initiativen und Ausschüsse in der sowjetischen Besatzungszone ebensowenig willkommen wie im Westen. Auf obersten Befehl wurden sie aufgelöst, ungeachtet der Tatsache, daß viele ihrer Initiatoren Kommunisten und ehemalige KZ-Häftlinge waren²⁸.

Die Einengung auf den allein von der Sozialistischen Einheitspartei bestimmten „Antifaschismus“ vollzog sich in den Massenorganisationen binnen weniger Jahre.

²³ Grunenberg, Antonia: „Hier eine Welt des Niedergangs – dort eine neue Welt im Aufbau ...“ Antifaschismus – ein Mythos in Deutschland. Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur 9 (1992) 58–63, hier 61.

²⁴ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 115.

²⁵ Dazu: Mommsen, Hans: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands. In: Ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Zum 60. Geburtstag hrsg. v. Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod. Hamburg 1991, 233–337, hier vor allem 285 ff., 320 ff.

²⁶ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 31.

²⁷ Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 25.

²⁸ Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat. München 1987, 96 ff. – Schmollinger, Horst W.: Das Bezirkskomitee Freies Deutschland in Leipzig. In: Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hrsg. v. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt. Wuppertal 1976, 219–251. – Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1992, 469–479.

Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), die 1946 aus den antifaschistischen Jugendausschüssen und -komitees hervorgegangen war²⁹, wollte, nach den Worten ihres Vorsitzenden Erich Honeckers, ihren überparteilichen Charakter wie den „eigenen Augapfel“ hüten³⁰. Nicht Staatsjugend wollte sie sein und keiner politischen Richtung als allein dem Antifaschismus und der Demokratie verpflichtet. So waren anfangs sämtliche Parteien wie auch die Kirchen in der „Freien Deutschen Jugend“ vertreten. Bis 1949 war die FDJ als einzig legale Jugendorganisation der DDR bereits vollständig auf SED-Linie gebracht. An der Akzeptanz und Unterstützung von Maßnahmen, die unter den Jugendlichen zunächst auf Unverständnis und Ablehnung stießen, wie die Einführung des Blauhemds und die Rekrutierung für den Dienst in der Kasernierten Volkspolizei³¹, zeigte sich, daß die organisierte Jugend längst zur „jungen Garde der Partei“ geworden war.

Auch die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die organisierte Vertretung der Opfer und Widerstandskämpfer, war als überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluß gegründet worden. 1948, ein Jahr nach der Vereinigung der verschiedenen Landesverbände der VVN zu einer SBZ-weiten Organisation, zählte sie zwischen 28 000 und 35 000 eingetragenen Mitgliedern³². Bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung betrachtete die SED die VVN als ihren „natürlichen Bündnispartner“³³. Aus der Sicht vieler VVN-Mitglieder war jedoch eine unbedingte Übereinstimmung ihrer Ziele mit denen der Partei nicht gegeben. Zwar wurde in der SBZ/DDR den Interessen der Opfer vielfach schneller entsprochen als im Westen – so z. B. was die Annullierung von NS-Urteilen und die Gewährung spezieller Renten betrifft – ein Erfolg, den die VVN auch als den ihren betrachten konnte. Darüber hinaus aber konnte die Verfolgtenorganisation kaum Einfluß auf die Politik nehmen, was sie in ihrer Erwartung, den Nachkriegsaufbau aktiv mitzugestalten, enttäuschte. Unzufriedenheit herrschte in den Reihen der VVN auch über die Entnazifizierungspraxis, vor allem aber wurde Kritik an der Einstellung der Entnazifizierung Anfang 1948 durch SMAD-Befehl laut. Obwohl schon Mitte 1950 der größte Teil der VVN-Mitglieder auch in der SED organisiert war³⁴, zeigten sich die Grenzen der Beeinflußbarkeit und Instrumentalisierbarkeit im Falle der VVN deutlicher als bei den meisten anderen Massenorganisationen. Zunehmend unter Druck geriet die VVN, als die SED-Führung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges 1948 die Kampagne gegen ehemalige Sozialdemokraten, 1949 die Verfolgung von „Trotz-

²⁹ Freiburg, Arnold/Mahrad, Christa: FDJ. Der sozialistische Jugendverband der DDR. Mit einem Vorwort von Walter Jaidé und Barbara Hille. Opladen 1982, 19ff.

³⁰ Borkowski, Dieter: Für jeden kommt der Tag ... Stationen einer Jugend in der DDR. Berlin 1990, 87. – Weber, Hermann: Freie Deutsche Jugend (FDJ). In: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber. München 1990, 665–690, hier 669.

³¹ Borkowski: Für jeden kommt der Tag, 287ff.

³² Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. In: SBZ-Handbuch, 748–759, hier 750.

³³ Ebenda, 752.

³⁴ Ebenda, 751.

kisten“ und anderen „Abweichlern“ und in den beiden darauf folgenden Jahren die Kampagne gegen die „Westemigranten“ veranlaßte.

In besonders makabrem Licht erscheinen die Säuberungswellen der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre aufgrund ihrer antisemitischen Färbung³⁵. Die Tatsache, daß sich die Kampagnen erneut gegen Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands richteten, sprach dem Anspruch Hohn, mit der Schaffung des sozialistischen Deutschlands sei „das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ erfüllt worden³⁶.

Trotz heftiger interner Auseinandersetzungen trug die VVN die antisemitische Stoßrichtung der sogenannten „Lehren“ mit, die die SED aus dem Rajk-Prozeß in Ungarn (1950) und dem Slánský-Prozeß in der Tschechoslowakei (1953) zog. Diese gewaltige Anpassungsleistung – Parteiausschlüsse und Verhaftungen trafen auch die VVN – konnte die Vereinigung nicht retten. Im Februar 1953 hatte sie auf Weisung Ulbrichts ihre Selbstauflösung zu beschließen. Offiziell wurde dieser Schritt mit der „Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus“ durch die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ begründet³⁷. Durch den erfolgreichen Abschluß der Umwälzung, so hieß es, habe sich die VVN überlebt. Tatsächlich reagierte die SED in erster Linie auf den schwelenden Konflikt mit der jüdischen Gemeinde. Welche Rolle der Machtkampf zwischen Ulbricht und Franz Dählem bei der Auflösung der VVN spielte, ob Dählems Sturz für Ulbricht ein willkommener Nebeneffekt oder eine der Hauptintentionen bei der Ausschaltung der Verfolgtenvereinigung war, ist nicht mit letzter Sicherheit zu sagen³⁸.

An Stelle der VVN entstand das „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“, ein Gremium, dessen Mitglieder direkt vom ZK der SED berufen wurden. Seine Aufgabe lag in der „Traditionspflege des Antifaschismus“, das heißt in der Erforschung und Popularisierung des Widerstandskampfes. Diese inhaltliche Schwerpunktverlagerung in Richtung Repräsentation des offiziellen Traditionsbewußtseins der DDR deutete sich auch im Namen der neuen Organisation an, der die Kämpfer gegen den Faschismus, aber nicht mehr die Verfolgten nennt.

In den territorialen Ablegern des Komitees bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED wurde die Arbeit mit Jugendlichen, die Einrichtung und Pflege von Mahn- und Gedenkstätten und Traditionskabinetten koordiniert. Damit wirkte das Komitee an entscheidender Stelle in der Geschichtsarbeit der DDR mit, die mit zahllosen Mahn- und Gedenkstätten, der „Namensträgerbewegung“, d. h. der Verleihung von Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer an Jugendbrigaden, und der Gestaltung von Gedenk- und Feiertagen im öffentlichen Leben sehr stark präsent war.

Mit der Auflösung der VVN hatte aber die organisierte Vertretung der Opfer und Widerstandskämpfer in der DDR ihre Autonomie gänzlich verloren. Durch die Ein-

³⁵ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 51.

³⁶ Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Einstimmig angenommen auf dem IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin [Ost] 18. bis 22. Mai 1976, 5.

³⁷ Leo, Annette: Antifaschismus und Kalter Krieg. Eine Geschichte von Verengung, Verdrängung, Erstarrung. In: Mythos Antifaschismus, 143–153, hier 149.

³⁸ Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 674.

richtung einer direkt vom Staat abhängigen Organisation gelang es der SED, ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen Antifaschismus endgültig durchzusetzen. In späteren Konflikten um die Darstellung von Vernichtung und Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland bewies die Partei, daß sie gegebenenfalls auch bereit war, die Unterdrückung unerwünschter Bilder von oberster Stelle zu veranlassen³⁹.

Stalinismus und Antifaschismus

Der Gleichsetzung von „Nationalsozialismus“ und „Faschismus“ im Zuge der Stalinisierung entsprach die semantische Verschiebung, nach der in der DDR bald „antifaschistisch“ mit „sozialistisch“ identifiziert wurde.

Während Faschismus zunehmend aus dem eigenen Erfahrungsbereich und hinter die westliche Landesgrenze gerückt wurde, wo es die „Refaschisierung“ durch „revanchelüsterne Hitlergenerale“⁴⁰ anzuprangern galt, war weiter östlich Antifaschismus erlernbar. Auch der sozialistische deutsche Staat verzieh den kleinen Nazis und Mitläufern bald und bot ihnen im Zuge der völligen Umwälzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialverfassung und des Nachkriegsaufbaus beachtliche Aufstiegsmöglichkeiten, von denen vor allem Arbeiter und andere bisher minder privilegierte Gruppen profitierten⁴¹. Antifaschist zu werden bedeutete, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung – also vor allem die Enteignung der Industriellen und die Bodenreform – zu unterstützen. Es bedeutete aber auch, im Gegenzug zur Entlastung von der eigenen Vergangenheit⁴², dem stalinistischen Kurs der SED aktive oder zumindest passive Loyalität zu erweisen.

Gerade viele junge Menschen nahmen dankbar die neue Lehre an, die nicht nur die Schrecken der Vergangenheit perfekt zu erklären wußte, sondern auch ein unfehlbares Gestaltungskonzept für die Zukunft anbot. Nicht selten mußte die Bereitwilligkeit, mit der Loyalität gegen Entlastung getauscht wurde, mit einer zweiten bitteren Enttäuschung bezahlt werden. Der Schriftsteller Erich Loest beschrieb in einem biographischen Rückblick auf seine Jugend während der vierziger und fünfziger Jahre die rasche „Absolution“ nach 1945 als verpaßte Chance einer Auseinandersetzung mit seinem Engagement in der Hitlerjugend:

³⁹ Ein Beispiel dafür aus den achtziger Jahren ist die Unterdrückung der Fernsehinszenierung des Stücks „Ravensbrücker Ballade“ von Hedda Zinner, das 1961 in der DDR ein großer Theatererfolg gewesen war, 1985 aber nicht gesendet werden durfte, da es dem Bild des antifaschistischen Widerstandskampfes, den die führende DDR-Funktionärsschicht sehen wollte, nicht exakt entsprach. Eine ausführliche Dokumentation darüber erschien unlängst: Ravensbrücker Ballade oder Faschismusbewältigung in der DDR. Mit einem Essay von Hedda Zinner. Hrsg. von Klaus Jarmatz. Berlin 1992.

⁴⁰ Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 315.

⁴¹ Staritz: Die Gründung der DDR, 99ff. – Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie in der Industrieprovinz der DDR. Berlin 1991, 61.

⁴² Wittich, Bernd: Die dritte Schuld. Antifaschismus, Stalinismus und Rechtsextremismus. In: Heinemann/Schubarth (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, 29–36, hier 41.

Hätte er [Loest/C. B.] nach 1945 mehr Zeit gefunden, mit seinem Naziballast fertig zu werden, wäre ihm nicht zu schnell und pauschal vergeben worden, hätte er nicht zu flink Preisgabe zu einem wenn auch völlig anderen Ziel hin angestrebt, wäre ihm ein zweites Erwachen erspart geblieben⁴³.

Da die Staatsgründung von 1949 im offiziellen Geschichtsbild der DDR zur „Krönung des antifaschistisch demokratischen Befreiungskampfes“ wurde und „das wichtigste Ergebnis des Kampfes um die Ausmerzungen des Faschismus“⁴⁴ darstellte, war es folgerichtig, jede Bedrohung des eigenen Staates als „faschistisch“ zu bezeichnen. So schildert Stefan Doernberg den Aufstand vom 17. Juni 1953 als einen vom Westen angezettelten und gesteuerten faschistischen Putschversuch:

Verurteilte Kriegsverbrecher, wie die berüchtigte Kommandeuse des faschistischen Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn, wurden aus den Gefängnissen herausgeholt und riefen unter der Losung „Freiheit“ zum Mord an Partei- und Staatsfunktionären und zum Sturz der Arbeiter- und Bauern-Regierung auf. [...] Die Arbeiterklasse und auch die anderen Schichten der Bevölkerung wurden um viele wertvolle Erfahrungen reicher. Die Ausschreitungen der Putschisten hatten ihnen gezeigt, daß sich hinter den Bonner Phrasen von Einheit und Freiheit und von der sogenannten Befreiung der DDR in Wirklichkeit die blutige Fratze des Faschismus und des Krieges verbarg⁴⁵.

Auch das Jugoslawien Titos, der Aufstand 1956 in Ungarn und der tschechoslowakische Reformsozialismus erhielten, da sie aus der Sicht der Staats- und Parteiführung der DDR das sozialistische Staatensystem in Frage stellten, das Etikett „faschistisch“. Die befremdlichste Wortschöpfung aber stellte die Bezeichnung „antifaschistischer Schutzwall“ für die Berliner Mauer dar. Wenn auch viele dieser Worthülsen nie wirklich Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch fanden, so prägte die Lehre von der Dichotomie zwischen der wirtschaftlich weniger prosperierenden, aber moralisch besseren Welt im Osten und einer postfaschistischen Welt im Westen das politische Bewußtsein vieler DDR-Bürger bis in die jüngste Vergangenheit⁴⁶.

Die antifaschistische Gründungslegende wirkte in hohem Maße stabilisierend auf die innere Entwicklung der DDR. Als „verinnerlichtes Disziplinierungsinstrument“⁴⁷ sicherte sie dem Staat die Loyalität der meisten Intellektuellen, teilweise bis über sein Ende hinaus. Aus der angenommenen Alternativlosigkeit zu der antifaschistischen Staatsgründung von 1949⁴⁸ resultierte der Glaube an die unbedingte Legiti-

⁴³ Loest, Erich: Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf. Frankfurt/M. 1986, 253 f.

⁴⁴ Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 11 f.

⁴⁵ Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, 223–227.

⁴⁶ In einer vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführten Umfrage stimmten 1988 95 Prozent der befragten Jugendlichen der Auffassung zu, daß die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus in der DDR beseitigt seien. Von der Bundesrepublik nahmen das von denselben Jugendlichen indessen nur 16 Prozent an. Mitte 1990 betrug das Verhältnis 67 Prozent zu 22 Prozent. Nach: Schubarth, Wilfried/Schmidt, Thomas: „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Heinemann/Schubarth (Hrsg.): Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, 12–28, hier 25.

⁴⁷ Probst, Lothar: Die Revolution entläßt ihre Schriftsteller. Deutschland-Archiv 6 (1990) 921–925, hier 922.

⁴⁸ Grunenberg: „Hier eine Welt des Niedergangs ...“, 61.

mität der DDR und daraus der Mangel an kritischer Distanz, den das Gros der ost-deutschen Schriftsteller und Wissenschaftler von ihren Kollegen in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei unterschied. Tabuisiert und aus der Wahrnehmung ausgegrenzt wurde vor allem der Stalinismus⁴⁹, dessen Einzug in die SBZ mit der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung zusammenfiel, und das politische und gesellschaftliche Leben in der DDR bis tief in die fünfziger Jahre hinein prägte. Immun gegen Kritik erschien der Aufbau des sozialistischen Deutschland, obwohl er sich augenfällig von der Utopie unterschied, auch dadurch, daß seine führenden Politiker, im Gegensatz zu den meisten Deutschen, aktive Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Christa Wolf erklärt die Unfähigkeit, „Widerstand gegen Widerständler“⁵⁰ zu leisten, folgendermaßen:

Weil wir als sehr junge Menschen, aufgewachsen im Faschismus, erfüllt waren von Schuldgefühlen und denen dankbar waren, die uns da rausgeholt hatten. Das waren Antifaschisten und Kommunisten, die aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und aus der Emigration zurückgekehrt waren und die in der DDR mehr als in der Bundesrepublik das politische Leben prägten. Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gegessen hatten⁵¹.

Im November 1989, nach dem Fall der Mauer, waren es dann auch vor allem die Schriftsteller, die den antifaschistischen Konsens von 1945 gegen den Zusammenschluß mit der Bundesrepublik beschworen. Das antifaschistische Erbe erschien als das zentrale Argument für den Erhalt der Eigenstaatlichkeit der DDR. Die Neuauflage eines „dritten Wegs“, welche dann die Schriftsteller enttäuscht von ihrem Volk zurückließ⁵², spielte dabei auf reformsozialistische Vorstellungen mit mehr oder minder stark mitschwingendem antiwestlichen Ressentiments an⁵³. Die dualistische Weltansicht, die in den fünfziger Jahren die Kritik am Stalinismus erstickt hatte, weil es zur antifaschistisch-sozialistischen DDR keine Alternative geben konnte, fand hier ihre Fortsetzung⁵⁴.

Faschismus im Schulbuch

Stand das offizielle Geschichtsbild der DDR in mancher Hinsicht in scharfem Gegensatz zu den realen Erlebnissen der älteren Generation während des Nationalsozialismus und bei Kriegsende, so warf die Vermittlung dieser Zeit an die Folgegeneration über Schulunterricht und Medien noch weitaus gravierendere Probleme auf.

Im realexistierenden Sozialismus rückten die Helden, die Antifaschisten und die Aktivisten der ersten Stunde in weite Ferne. Ihr Protest und ihr Kampf wurde sakralisiert, während die Jugend sich mit der vorgefundenen Welt, in der es nichts mehr zu

⁴⁹ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 29.

⁵⁰ Wittich: Die dritte Schuld, 33.

⁵¹ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 29.

⁵² Probst: Die Revolution entläßt ihre Schriftsteller, 924.

⁵³ Comedy, Horst: Feindbild: BRD. Kursbuch 109 (1992) 63–77.

⁵⁴ Grunenberg: „Hier eine Welt des Niedergangs ...“, 63.

verändern gab, begnügen sollte⁵⁵. Das den heranwachsenden Generationen in Schule und Gedenkstätten vermittelte Bild vom „Dritten Reich“ war eigenartig stilisiert und schematisiert⁵⁶. Das Alltagsleben der Menschen im Nationalsozialismus kam ebenso wenig vor, wie der aktive Nationalsozialist und der Mitläufer als Personen verdeutlicht wurden. Die NS-Prominenz geriet zur Karikatur⁵⁷. In den Heldenlegenden aus dem kommunistischen Widerstand kamen dessen Isolation, kamen Scheitern und Schwäche nicht vor. Von Sozialdemokraten und Christen, die gegen die Nazidiktatur kämpften, war nur am Rande die Rede. Da der antifaschistische Widerstandskampf definiert wurde als „seinem Wesen nach Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse sowie anderen Werktätigen und dem Monopolkapital“⁵⁸, wurde der konservative Widerstand bis in späten achtziger Jahre in den Schulbüchern überhaupt nicht gewürdigt.

Die Menschen der damaligen Zeit wurden primär als Opfer beschrieben. Sie erschienen als Opfer der sozialen und politischen Verhältnisse der Weimarer Republik, die sie für die Demagogie der Nazis anfällig gemacht hatten. Führerkult und Masseneuphorie wurden dabei ebensowenig problematisiert wie die Bereitwilligkeit, mit der sich die Bevölkerungsmehrheit der Diktatur anpaßte und unterordnete⁵⁹. Nach den Worten Stephan Hermlins, der sich 1988 zu diesem Geschichtsbild kritisch äußerte, lebten viele Jugendliche in der DDR „in der stillschweigenden Annahme, etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung sei in den Jahren der Naziherrschaft antifaschistisch gewesen“⁶⁰.

Dem Film und der Literatur kam da, wo ein völlig von der Ideologie bestimmtes Geschichtsbild das Interesse an der Vergangenheit eher ersticken als fördern konnte, eine wichtige Rolle zu. Gerade in der frühen Nachkriegszeit entstanden in den Studios der DEFA bemerkenswerte Werke über das „Dritte Reich“. Erinnert sei an dieser Stelle nur an Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“ und „Ehe im Schatten“ von Kurt Mätzig. Später waren es eher Romane, wie Erich Loests „Jungen, die übrig blieben“ und Christa Wolfs „Kindheitsmuster“, die vom gewöhnlichen Faschismus in gewöhnlichen deutschen Kleinstädten, von Krieg, Zusammenbruch und Flucht und von den gar nicht so heroischen Schwarzmarktzeiten erzählten.

Erbe und Tradition

Mit der verschärften Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik und dem Bemühen, eine DDR-eigene Identität auf breiter historischer Basis zu schaffen, setzte sich in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft seit Beginn der siebziger Jahre ein

⁵⁵ Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft, 314.

⁵⁶ Jarausch, Konrad H.: Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus. Paradoxien von Wissenschaft als Politik. Berliner Debatte Initial 2 (1991) 114–123, hier 117.

⁵⁷ Schubarth/Schmidt: „Sieger der Geschichte“, 15.

⁵⁸ Mammach, Klaus: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939. Frankfurt/M. 1974, 255.

⁵⁹ Schubarth/Schmidt: „Sieger der Geschichte“, 14.

⁶⁰ Zit. nach Höpcke, Klaus: Wider gewisse Vergeßlichkeit. Die Weltbühne vom 18.10. 1988, 1316–1318, hier 1316.

neues Traditionsverständnis durch. Im Zuge der auch im Westen mit Interesse beobachteten Diskussion um „Erbe und Tradition“ entwickelte die DDR-Historiographie einen erweiterten Traditionsbegriff, über den bisher negativ beurteilte Phasen und Personen der deutschen Geschichte ihren Platz im offiziellen Geschichtsbild bekamen. Martin Luther und die Reformation, die in der „Misere-Konzeption“ am Anfang des deutschen Irrwegs gestanden hatten, erfuhren als erste eine Umwertung⁶¹. Nachdem auch Friedrich II. seinen Platz in der Ahnengalerie der DDR gefunden hatte, kam es zu Beginn der achtziger Jahre zu einer Preußen-Renaissance und damit auch zu einer Aufwertung Bismarcks und der Reichsgründung von 1871⁶². Mit der Bekundung, die DDR stelle sich der „ganzen deutschen Geschichte“, entsprach die Historikerschaft der DDR zwar in erster Linie dem von der SED formulierten politischen Identitätsbedarf bei der Konstituierung einer „Nation neuen Typs“⁶³, in Folge des politischen Wandels gelang es ihr aber auch, sich von einigen ideologischen Fesseln der fünfziger und sechziger Jahre zu befreien⁶⁴. Das schlug sich sowohl in den Themen als auch in den Methoden der Geschichtswissenschaft nieder. So erlebte z. B. die Regionalgeschichte einen Entwicklungsschub, und es entstanden erste alltagsgeschichtliche Untersuchungen⁶⁵.

In unserem Zusammenhang interessieren vor allem die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Erforschung und Vermittlung der Geschichte der Jahre 1933–1945, die sich allerdings später und zaghafter äußerten als auf dem Gebiet der weiter zurückliegenden deutschen Geschichte.

Die Aufforderung an die Adresse der Geschichtswissenschaft, sich der ganzen deutschen Geschichte und nicht nur ihren revolutionären und fortschrittlichen Traditionen zu stellen, bereitete einem breiteren Widerstandsverständnis den Weg, in dem neben dem Klassenkampfaspekt nun stärker der Kampf um Demokratie, um Frieden und Humanität herausgearbeitet wurden⁶⁶. In verstärktem Maß wandte sich die ostdeutsche Historiographie dem konservativen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, namentlich den Attentätern des 20. Juli 1944, zu⁶⁷. Wenngleich eine Ablösung von dem lange gültigen Dogma stattfand, das den Antifaschismus mit dem proletarischen Klassenkampf identifiziert hatte, wurde noch Mitte der achtziger Jahre an

⁶¹ Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft, 164f.

⁶² Stürmer, Michael: Ein Preußen für die DDR – umstrittenes Erbe. Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 9 (1982) 582–598.

⁶³ Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft, 213.

⁶⁴ Ebenda 201.

⁶⁵ Dazu Iggers, Georg G. (Hrsg.): Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte. Frankfurt/M. 1991.

⁶⁶ Bramke, Werner: Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren. Aus Politik und Zeitgeschichte B 28 (1988), hier 25f.

⁶⁷ Ebenda. – Dazu auch Ammer, Thomas: Kontinuität und Wandel. Zur Bewertung der Verschwörung vom 20. Juli 1944 in der DDR. Deutschlandarchiv 9 (1989) 964–967. – Groehler, Olaf: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite. In: Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90. Hrsg. von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka. Stuttgart 1992, 408–418.

der Unterscheidung zwischen „reaktionären“ und „fortschrittlichen“ Widerständlern festgehalten⁶⁸.

Mit der Lockerung der einseitigen Fixierung auf den kommunistischen Widerstand – und damit auf die kommunistischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung – rückten in den achtziger Jahren auch andere Opfergruppen ins Blickfeld der DDR-Historiographie.

Die enge Bindung dieser Wandlungen im Geschichtsbild der DDR an die Direktiven der SED zeigte sich besonders deutlich an der Rezeption des Holocaust. 1945 hatte die KPD die „Wiedergutmachung“ zu den wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes gezählt⁶⁹. Wenige Jahre später wählte sich die offizielle DDR durch die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ von den negativen Traditionen der deutschen Geschichte und damit von der Pflicht zu Wiedergutmachungsleistungen befreit. Hinter der Weigerung, sich an Wiedergutmachungszahlungen zu beteiligen, stand natürlich nicht primär die Illusion vom Ausstieg aus dem schlechten Teil der deutschen Geschichte, sondern die antiisraelische Politik der UdSSR, die von der DDR mitgetragen wurde. Erst 1988 führten Verhandlungen zwischen der Jewish Claims-Conference und Vertretern der DDR zu einer Übereinkunft über ostdeutsche Entschädigungsleistungen an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung⁷⁰.

Seit dem Ende der fünfziger Jahre gab es zwar in der offiziellen Sprache der DDR keinen Antisemitismus mehr – vielmehr wurden antisemitische Äußerungen streng geahndet –, die Jüdische Gemeinde der DDR wurde aber immer wieder unter Druck gesetzt, sich in ihren offiziellen Verlautbarungen gegen Israel zu stellen⁷¹.

In ostdeutschen Geschichtsdarstellungen der fünfziger und sechziger Jahre erschien der Antisemitismus als eine der vielen Spielarten imperialistischer Unterdrückung⁷². Aus diesem Grund kam den ideologischen, speziell den religiösen Wurzeln des nationalsozialistischen Rassenwahns kaum Aufmerksamkeit zu. Die DDR-Faschismusforschung wählte sich dabei in der Tradition der Arbeiterbewegung, die „eine Unterscheidung ihrer Mitglieder und generell der Bürger nach ihrer Herkunft nie gemacht und nie zugelassen“⁷³ hat. Die systematische Ausgrenzung des jüdischen Bevölkerungsteils und die institutionalisierte Vernichtung wurden im DDR-offiziellen Geschichtsbild ebenso vernachlässigt wie die Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, ihr millionenfaches Wegsehen, die unterlassene Hilfeleistung, die Mittäterschaft zahlloser Bürger.

⁶⁸ Reich, Ines/Finker, Kurt: Der 20. Juli in der Geschichtswissenschaft der SBZ/DDR seit 1945. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1991) 533–553, hier 553.

⁶⁹ Lindemann, Hans: Ost-Berlin und die Wiedergutmachung an Israel. Deutschlandarchiv 8 (1973) 808–809, hier 808.

⁷⁰ Ammer, Thomas: DDR und Judentum. 50 Jahre nach den Novemberpogromen. Deutschlandarchiv 1 (1989) 17–23, hier 21.

⁷¹ Niethammer/von Plato/Wierling: Die volkseigene Erfahrung, 293 f.

⁷² So z. B. in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Kapitel IX, Vom Herbst 1929 bis Januar 1933. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln). Berlin (Ost) 1968, 25 f.

⁷³ Schmidt, Walter: Jüdisches Erbe deutscher Geschichte im Erbe- und Traditionsverständnis der DDR. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1989) 692–714, hier 713.

Im Zuge der Entwicklung der DDR-Historiographie von einer „selektiven Interpretation zu einer integralen Darstellung der deutschen Geschichte“⁷⁴ seit den siebziger Jahren wurde eine Aufnahme aller Teile der deutschen Vergangenheit – d. h. aller Epochen sowie aller sozialen und kulturellen Phänomene – in das offizielle Geschichtsbild angestrebt.

So „entdeckte“ die ostdeutsche Geschichtswissenschaft in den siebziger Jahren die Juden wieder. In großem Umfang wandte sie sich der jüdischen Geschichte jedoch erst in den achtziger Jahren zu. Nun konnte man die selbstkritische Einschätzung lesen, der Holocaust sei infolge der bevorzugten Darstellung des antifaschistischen Kampfes der Arbeiterbewegung „weniger stark im gesellschaftlichen Bewußtsein verankert“⁷⁵, wie es überhaupt um das Wissen zur Geschichte der Juden in Deutschland nicht gut bestellt sei⁷⁶. War mit dem jüdischen Anteil an der Geschichte bisher recht selektiv verfahren worden – indem z. B. gerne hervorgehoben wurde, wie viele der Künstler, die nach 1945 in den östlichen deutschen Teilungsstaat gingen, jüdischer Herkunft waren, während die bürgerlichen und großbürgerlichen Traditionen aber ebenso wenig Beachtung fanden wie die jüdische Religion –, bemühte man sich nun um die Rekonstruktion der „ganzen jüdischen Vergangenheit“.

Die Arbeit der Historiker ging Hand in Hand mit der Pflege des „wiederentdeckten Erbes“ von Seiten des Staates. Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Pogrome des 9. November 1938 im Jahr 1988 fanden öffentliche Gedenkfeiern statt, es erschien eine ganze Reihe von Veröffentlichungen zur jüdischen Geschichte, und nicht zuletzt wurden in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde der DDR Ausstellungen zum Thema der Verfolgung und Vernichtung der Juden organisiert⁷⁷. Ohne Zweifel bedeutete dies eine entscheidende Qualitätsverbesserung in der Wissensvermittlung über jüdische Geschichte und Traditionen in der DDR, d. h. über jüdische Vergangenheit in Deutschland. Eine Vermittlung jüdischer Gegenwart indessen kam kaum zustande. Dem stand fast bis zum Ende der DDR die Politik entgegen. Antisemitismus war ein Problem der Vergangenheit oder der Westdeutschen⁷⁸.

Auch in der kritischen Literatur wurde vom Antisemitismus der fünfziger Jahre nur in vagen Andeutungen gesprochen⁷⁹. In Kuczinskys „Dialog mit meinem Urenkel“ konnte der von ihm sofort relativierte Stalinismus die Großartigkeit der Aufbaujahre nicht in Frage stellen⁸⁰. Der Antifaschismus, der Kitt dieser frühen Jahre, durfte dadurch nicht angekratzt werden, daß die DDR die Verantwortung für den Holocaust bis in die achtziger Jahre hinein von sich wies. Ein grundlegender Wandel dieser

⁷⁴ Fischer, Alexander/Heydemann, Günther: Weg und Wandel der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsverständnisses in der SBZ/DDR seit 1945. In: *Krise – Umbruch – Neubeginn*. 125–151, hier 125.

⁷⁵ Ebenda, 703.

⁷⁶ Ebenda, 710.

⁷⁷ Ammer: *DDR und Judentum*, 17ff.

⁷⁸ Hirsch, Rudolf/Schuder, Rosemarie: *Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Essays*. 2. Aufl. Berlin 1989, 11.

⁷⁹ Kuczinsky, Jürgen: *Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch*. Berlin/Weimar 1983, 51

⁸⁰ Ebenda, 77, 83.

Auffassung deutete sich erst kurz vor dem Ende der DDR an. Die letzte Regierung der DDR bot russischen Juden Asyl an. Vielleicht war das der erste entschiedene Schritt in Richtung einer wirklichen Annahme der ganzen deutschen Vergangenheit.

* * *

Wie gezeigt, spiegelte die Rezeption des Nationalsozialismus in der historischen Forschung und im Geschichtsbild der DDR die politische und ideologische Entwicklung der DDR wider. Wenn die Faschismusforschung der DDR auch eindrucksvolle Ergebnisse vorweisen konnte, blieben bestimmte Aspekte der nationalsozialistischen Realität doch weitgehend unbeachtet. Auch im erweiterten Faschismusbild der DDR-Forschung in den achtziger Jahren fand keine kritische Auseinandersetzung mit den Mentalitäten statt, die die Etablierung des nationalsozialistischen Systems begünstigt hatten – also mit der traditionellen deutschen Staats- und Autoritätshörigkeit, der Anpassungs- und Unterordnungsbereitschaft der Bevölkerungsmehrheit. Hier liegen die wesentlichen Defizite, die die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR aufwies.

Andererseits leistete die DDR-Faschismusforschung, gerade auf den Gebieten Beachtliches, die in der Bundesrepublik lange Jahre völlig unbeachtet blieben, z. B. bei der Erforschung des kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus und der Verdeutlichung der wirtschaftlichen Hintergründe des Nationalsozialismus.

Würdigen muß man auch das Bemühen, durch eine breit angelegte Geschichtsarbeit die Bevölkerung und besonders die Jugendlichen über den Faschismus und den antifaschistischen Widerstand in Deutschland aufzuklären. Allerdings weisen Untersuchungen über das Geschichtsbewußtsein junger Menschen in Ostdeutschland darauf hin, daß hier in den achtziger Jahren ein Wandel stattgefunden hat, Gleichgültigkeit und Desinteresse an der Geschichte des Nationalsozialismus tendenziell zugenommen haben⁸¹. Das in Schulen und Gedenkstätten vermittelte Bild vom antifaschistischen Widerstandskampf, das in erster Linie zur Staatstreue erziehen sollte, war sicher ein Grund für das schwindende Interesse der Jugend.

Die stets behauptete Identität von Antifaschismus und DDR-Sozialismus erklärt auch die derzeitige starke Tendenz zur völligen Entsorgung von der bisher gültigen Version der Geschichte. Straßen, die nach antifaschistischen Widerstandskämpfern benannt waren, werden umgenannt, weil die Toten nachträglich für den Realsozialismus verantwortlich gemacht werden. Gedenktafeln verschwinden, weil sie an Widerständler erinnern, die auch Kommunisten waren. Diese Art von Schlußstrichmentalität kann jedoch nur eine völlig unverständliche Vergangenheit hinterlassen.

Zu hoffen ist indessen, daß es gelingt, in bezug auf den Nationalsozialismus eine „Erinnerungskultur“ zu schaffen, die ideologisch unbelastet eine Ablösung von den konstruierten Vergangenheiten beider deutscher Staaten leistet. Der stalinistisch gefärbte Antifaschismus gehörte zu diesen Konstruktionen wie die ebenfalls nicht unproblematischen Bewältigungs- und Verdrängungsstrategien der jungen Bundesrepublik.

⁸¹ Schubarth/Schmidt: „Sieger der Geschichte“, 18ff.